

**Petition :**

# **Freilassung aller politischen Gefangenen in Südkorea!**

President of the Republic of Korea  
1 Cheongwadae-ro, Jongno-gu,  
Seoul 03048, Republic of Korea  
Fax: +82 2-770-4721  
E-mail: President@president.go.kr

## **Freilassung allen politischen Gefangenen!**

An den Präsidenten der Republik Südkorea,

der Kerzenlicht-Protest eröffnete ein neues Kapitel in der Historie der weltweit demokratischen Bewegung.

Dieser friedliche Protest führte dazu, dass die ehemalige Präsidentin Park Geun-Hye, die die vom Volk anvertraute Macht als Staatsoberhaupt missbrauchte, ihres Amtes enthoben wurde.

Chefs der großen Unternehmen und der frühere Stabschef von Park Geun-Hye, die in dem Machtmissbrauch verwickelt gewesen waren, wurden inhaftiert.

Ein wichtiges Beispiel für den Machtmissbrauch ist die Aufstellung der „Schwarzen Liste“, die die mutmaßlichen Gegner der Park Regierung erfasst.

Von der „Schwarzen-Liste“ umfassten Personen oder Organisationen wurden gezielt diskriminiert. Durch den Ermittlungsprozess gegen den früheren Stabschef von Park Geun-Hye, welcher für die Aufstellung der „Schwarzen-Liste“ verantwortlich war, wurde

ebenfalls die Beeinflussung des Urteils über das Verbot der Vereinten Progressiven Partei bestätigt.

Obwohl alle, die des Machtmissbrauchs angeklagt wurden, auch ihres Amtes enthoben wurden, sind immer noch oppositionelle Politiker, Friedensaktivisten, und Gewerkschaftler, die gegen diesen Machtmissbrauch protestiert hatten, inhaftiert.

Lee Seok-Ki, früherer Abgeordneter der Nationalen Versammlung Koreas ist seit 2013 in Isolationshaft, weil dieser in einer öffentlichen Tagung aufgerufen hatte, gegen ein Aufkommen des Kriegs zu protestieren.

Der Präsident des koreanischen Gewerkschaftsbundes (KTCU), der eine Massendemonstration gegen die von der Regierung vorangetriebene Arbeitsrechtsreform organisiert hatte, ist ebenfalls noch inhaftiert.

Des Weiteren sitzen viele weitere andere oppositionelle Politiker, Gewerkschaftler, und Friedensaktivisten zu Unrecht im Gefängnis.

Diesen politischen Gefangenen ist die Freiheit absolut entzogen worden, alle von ihnen sitzen völlig von der Welt isoliert in Einzelhaft.

Dies stellt eine schwere Verletzung der Meinungsfreiheit und der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, manifestiert in der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UNO, dar.

Nach der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UNO hat jeder das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung.

Wir fordern den neuen Präsidenten Südkoreas auf, die Meinung der Millionen Bürger und Bürgerinnen nach dem ewigen Frieden und mehr Demokratie zu respektieren.

Wir fordern die Freilassung der rechtswidrig inhaftierten Politiker und allen anderen politischen Gefangenen!

Mit freundlichen Grüßen

Vorname	Nachname	Adresse	Unterschrift

**Wenn Sie an der Petition teilnehmen möchten,**

Schicken Sie ihre Vorname, Name, und Adresse an die Email-Adresse  
**(freilassungleede@gmail.com)**

Oder

Können Sie über Internet an der Petition teilnehmen. Information dazu können Sie  
in Webseite **freilassungleee.de** finden.

**Kontakt**

Webseite (Deutsch): freilassungleee.de

Webseite (English) : en.savelee.kr

Email : freilassungleede@gmail.com

# Wer ist Lee Seok-Ki? Warum gefangen? Was ist Wahrheit?

## Wer ist Lee Seok-Ki?



Lee Seok-Ki ist sowohl ein Friedensaktivist als auch ein linker Politiker Südkoreas. In den 80er Jahren hat er aktiv in der Protestbewegung gegen Militärdiktatur engagiert. Nach dem Sturz der Militärdiktatur hat er für den ewigen Frieden auf der koreanischen Halbinsel und die friedliche Wiedervereinigung Koreas gekämpft. In den 2000er Jahren hat er energisch mitgearbeitet, um eine fortschrittliche Partei zu gründen.

2011 wurde er als Kandidat der linken Vereinten Progressiven Partei (UPP) gewählt, und weiter als Abgeordnete der Nationale Versammlung Koreas gewählt. Als Abgeordnete hat er sich insbesondere für den Abschluss des Friedensvertrags zwischen Nordkorea und USA eingesetzt.

## **Aus welchem Grund gefangen?**

Am 13.Mai.2013 hat er in einer öffentlichen Tagung der UPP einen Vortrag gehalten. In dem Vortrag hat er davon geredet, was Funktionäre der UPP tun müssen, um die wachsende Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel zu bannen. Im Anschluss daran haben Teilnehmer vielfältige Meinungen zu dem Thema ausgetauscht.

Ein V-Mann des Geheimdiensts Koreas (NIS) hat den Vortrag und die Gruppendiskussion unautorisiert mitgeschnitten. Aufgrund des Audiomitschnitts hat die Staatsanwaltschaft Koreas und NIS Lee Seok-Ki und sechs Mitorganisatoren der Tagung inhaftiert und angeklagt. Der Geheimdienst NIS und Staatsanwaltschaft sahen diese öffentlich angekündigte Tagung der UPP als Teil einer gefährlichen subversiven Verschwörung.

## **90 Minuten Vortrag, 9 Jahre Haft.**

Staatsanwaltschaft Koreas hat Lee Seok-Ki vorgeworfen: 1) Er hatte eine Untergrundorganisation gegründet, um die bestehende Staatsordnung Südkoreas umzustürzen; 2) Er und die Untergrundorganisation hatten in geheimer Verbindung mit dem nordkoreanischen Regime gestanden; 3) Er hatte mit der Untergrundorganisation zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung geschworen.

Aber einziges Beweismittel, das im Prozess vorgelegt wurde, war ein Audiomitschnitt des Vortrags von Lee Seok-Ki und Aussage von V-Manns. Der von dem V-Mann des NIS vorgelegte Audiomitschnitt wurde sogar an c.a.700 Stellen manipuliert. Beweis für die Existenz einer Untergrundorganisation, eine Verbindung mit dem nordkoreanischen Regime, und wirkliche Taten oder Planen zum Umsturz der Staatsordnung konnten sie überhaupt nicht vorlegen.

Letztendlich haben sich deshalb das Obergericht und das Oberste Gericht Koreas den Verdacht von der hochverräterischen Verschwörung zurückgewiesen. Denn die Staatsanwaltschaft und NIS konnten trotz der langjährigen Überwachung und des Abhörens im Prozess kein einziger handfester Beweis für wirkliche Taten zur Umsturz der bestehenden Staatsordnung vorlegen.

Trotzdem hat das Obergericht Koreas ausschließlich aufgrund der Inhalte des öffentlichen Vortrags Lee Seok-Ki zu 9 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. 90 Minuten Vortrag, 9 Jahren Gefängnis! Rechtliche Grundlage des Urteils ist National Sicherheitsgesetz, dessen Abschaffung wegen des Verstoßes gegen internationale Menschenrechtsnormen von dem UNO Menschenrechtsrat mehr Mal angefordert wurde.

Außerdem wurden 9 Teilnehmer an der Veranstaltung wurden wegen der bloßen Teilnahme an der Tagung ermittelt und inhaftiert.

## **Gesinnungsjustiz**

Das Urteil des Gerichts richtet sich ausschließlich gegen die Inhalte des Vortrags, gegen die Meinung des Referenten, nicht gegen wirkliche Taten. Lee und Funktionäre der UPP haben gar nichts unternommen, um die bestehende Ordnung gewaltsam umzustürzen. Sie haben nur in einer öffentlichen Tagung ihre Meinung geäußert. Trotzdem muss Lee Seok-Ki für 9 Jahre in Gefängnis isoliert werden, weil ihre Meinungsäußerung Nationalsicherheit gefährden könnte. Es ist eine Gesinnungsjustiz!

Nach der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UNO hat jeder das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung. „9 Jahre Haft für den 90-minütigen Vortrag“ ist schwere Verletzung dieser Norm.

## **Politische Hintergründe**

Kurz bevor Lee Seok-Ki Fall angekündigt worden ist, erreichten Proteste gegen den Eingriff der NIS in der Präsidentenwahl von 2012 und die Legitimationskrise der Regierung Ihren Höhepunkt. Damals wurde NIS vorgeworfen, zugunsten der Kandidatin der Regierungspartei öffentliche Meinungen manipuliert. Chef von NIS wurde unter diesem Verdacht angeklagt, für schuldig erklärt. Mittels Lee Seok Ki Falls konnten Park Geun-Hye Regierung und NIS dieser politischen Krise zu entkommen.

Vor 33 Jahre wurde der frühere Präsident Kim Dae-Jung, der damals gegen Militärdiktatur gekämpft hatte, wegen des Verdachts von der hochverräterischen Verschwörung zum Todesstrafe verurteilt. Aber er wurde mit Hilfe von den internationalen Freilassungsbewegungen freigelassen. Wie im Fall von Kim Dar-Jung gesehen, wurde hochverräterische Verschwörung in Südkorea häufig als ein Instrument für Unterdrückung der Oppositionen missbraucht.

# Menschenrechtslage Südkoreas

## Menschenrechtsverletzung in Südkorea



Anklage gegen Lee Seok-Ki war ein Anfang der harten Unterdrückung von der Regierung Park Geun-Hye. Nach der Anklage gegen den Abgeordneten Lee hat die repressive Politik der Regierung einen Höhepunkt erreicht.

## Verbot der Vereinten Progressiven Partei

Auf Grund dieser Anklage stellte die rechtskonservative Regierung von Park, Geun-Hye 05.11.2013 einen Antrag auf dem Verbot der Vereinigten Fortschrittspartei (UPP). Die Regierung hat unter dem Vorwand, dass führende Politiker der UPP unter dem Verdacht von hochverräterischer Verschwörung angeklagt wurden, UPP vorgeworfen, bestehende Grundordnung mit Gewalt beseitigen zu wollen. Nach 18 öffentlichen Verhandlungen erklärte das Verfassungsgericht Koreas UPP als verfassungswidrig. Alle Abgeordneten der

UPP haben ihre Mandate verloren, das Parteivermögen der UPP wurde vom Staat eingezogen.

## **Gefangene Gewerkschaftler**

Am 4. Juli 2016 wurde HAN Sang Gyun, der Präsident des Gewerkschaftsbunds Koreas (KCTU) wegen Organisation einer Demonstration gegen die von der koreanischen Regierung durchgeführte Reform des Arbeitsrechts zu fünf Jahren Haft verurteilt – außergewöhnlich schwere Strafe. Das Obergericht Südkoreas hat ihn endgültig zu 3 Jahre-Haft verurteilt. Er muss bis zum Juni 2019 in Gefängnis sitzen.

## **Verletzung der Meinungsfreiheit**

05.01.2017 wurde ein Führer der linken Internetbibliothek, „Bücher der Arbeiter“, wegen des Verstoßes gegen Nationalsicherheitsgesetz angeklagt. Grund dafür ist, dass er in der Webseite der Bibliothek 3000 angebliche rote Bücher hochgeladen hat, diese Bücher öffentlich zur Verfügung gestellt hat.

Zu den von der Staatsanwaltschaft als kriminal erklärten Büchern gehört: „Die Russische Revolution. Lenin und Stalin 1917–1929“ von E. H. Carr; „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ von John Reed; „Deutsche Ideologie“ von Karl Marx; „Das Elend der Philosophie“ von Karl Marx; „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paulo Freire, usw.



# Warum Petition?

## Hat Petition einen Sinn?



## Erstens,

Präsidenten Südkoreas hat das Recht auf Begnadigung. Es ist eine politische Tradition Südkoreas, dass die neu gewählten liberalen Präsidenten unter der autoritären Regierung gefangenen Politiker und Aktivisten begnadigen. Anlässlich einer am 9. Mai 2017 stattfindenden Präsidentenwahl führen wir eine Petition für Freilassung der politischen Gefangenen in Südkorea.

## Zweitens,

internationale Petition oder Freilassungsbewegung haben einen großen Einfluss auf die Politik Südkoreas. Zum Beispiel vor 33 Jahren wurde der frühere Präsident Kim Dae-Jung, der damals gegen Militärdiktatur gekämpft hatte, wegen des Verdachts von der hochverräterischen Verschwörung zum Tode verurteilt. Aber er wurde mit Hilfe von

den internationalen Freilassungsbewegungen freigelassen. Liberale Partei und ihre Politiker sind seine Nachfolger. Aus diesen Gründen führt die Kommission für Freilassung politischen Gefangenen in Südkorea eine Petition.

## **Kontakt**

Webseite (Deutsch): [freilassungleee.de](http://freilassungleee.de)

Webseite (English) : [en.savelee.kr](http://en.savelee.kr)

Email : [freilassungleede@gmail.com](mailto:freilassungleede@gmail.com)



# Pressmaterial

## Neun Jahre Haft

Claudia Haydt, 13.08.2014, aus Junge Welt

---

Lee Seok-Ki, ein Parlamentsabgeordneter der südkoreanischen Vereinigten Fortschrittspartei (UPP), ist am Montag in Seoul zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden – drei Jahre weniger als das Urteil in der Vorinstanz gelautet hatte. Grundlage der Anklage war eine Veranstaltung der UPP gewesen, bei der sich im Mai 2012 rund 130 Mitglieder und Sympathisanten zu einem friedenspolitischen Vortrag in einer katholischen Kirche in der Hauptstadt getroffen hatten. Der Geheimdienst NIS sah dieses öffentlich angekündigte Treffen als Teil einer gefährlichen subversiven Verschwörung und ließ die Konferenz aufzeichnen. Der so entstandene Audiomitschnitt diente trotz nachgewiesener Manipulationen an 272 Stellen in mehreren Prozessen gegen UPP-Mitglieder und auch im Verfahren gegen Lee Seok-Ki als Hauptbeweismittel.

Dem Vorwurf der Staatsanwaltschaft, daß in der Versammlung eine konkrete Verschwörung zum Sturz der Regierung geplant worden sei, konnten die Richter nicht folgen. Tatsächlich war dafür im Prozeß kein einziger handfester Beweis vorgelegt worden. Allerdings hielten die Richter den Vorwurf des Aufrufs zum Umsturz und der Verstöße gegen die nationale Sicherheitsgesetzgebung für erwiesen. Als Belege dafür wurden Äußerungen des Abgeordneten gewertet, das Parlament als »vorderste Front des Klassenkampfes« zu betrachten. Zudem hatte er seine »Genossen« aufgerufen, bei diesem Kampf »grenzenlos kreativ zu denken«.

Parallel zu den Verfahren gegen die linken Politiker wurde von den südkoreanischen Behörden auch ein Verbot der UPP eingeleitet. Dessen sofortige Umsetzung konnte durch

einen Hungerstreik mehrerer Parlamentarier abgewendet werden, doch nach wie vor droht der Partei die Illegalität. Grundlage der Repression sind vage Formulierungen in den nationalen Sicherheitsgesetzen, deren Abschaffung oder wenigstens Präzisierung unter anderem das UN-Menschenrechtskomitee wiederholt gefordert hat. Südkoreanische und internationale Organisationen kritisieren vor diesem Hintergrund auch die erneute Verurteilung von Lee Seok-Ki. Roseann Rife, Direktorin für die Asien-Pazifik-Region bei der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, erklärte, daß die Umsturzvorwürfe durch die vorgelegten Beweise offensichtlich nicht gestützt wurden. Amnesty zeigte sich enttäuscht über den bisherigen Verlauf und forderte, daß »nationale Sicherheit« nicht mißbraucht werden dürfe, um Meinungs- und Gewissensfreiheit einzuschränken. Insbesondere der Geheimdienst habe den »Fortschritten im Bereich der Menschenrechte massiven Schaden« zugefügt.

Unterstützung erhalten hatte Lee Seok-Ki im Juli auch durch die deutsche Bundestagsabgeordnete Inge Höger (Die Linke), die sich vor Ort ein Bild über die politische Lage machte. Es gelang ihr, im Gefängnis mit Lee Seok-Ki zusammenzukommen – allerdings unter strengen Sicherheitsvorkehrungen, ein Gespräch war nur durch eine Trennscheibe möglich. Höger unterstrich anschließend, es sei »nicht akzeptabel, daß Menschen allein wegen der richtigen Forderung nach einem Friedensvertrag zwischen dem Norden und Süden Koreas als Agenten Nordkoreas stigmatisiert und kriminalisiert werden«. Die Abgeordnete beantragte, ihren südkoreanischen Kollegen in das Programm »Parlamentarier schützen Parlamentarier« des Bundestages aufzunehmen.

Höger mußte in Seoul zudem feststellen, daß die Bedingungen für politische Opposition in Südkorea immer schwieriger werden. So werden Gewerkschaften willkürlich verboten oder erst gar nicht anerkannt und ihre Mitglieder inhaftiert. Ähnlich ergeht es Aktivisten gegen US-Militärbasen, in den Gefängnissen sitzen 700 Kriegsdienstverweigerer. Die Sicherheitsgesetze werden zudem immer mehr für Medienzensur, für die Sperrung von Internetseiten und für die Inhaftierung kritischer Blogger genutzt.

# Langer Schatten der Diktatur

Michael Streitberg, 20.12.2014, aus junge Welt

---

Als Lee Jung-hee, Vorsitzende der linken Vereinigten Fortschrittlichen Partei (UPP), zu ihren vor dem Verfassungsgericht in Seoul versammelten Anhängern sprach, hatte sie Tränen in den Augen: »Der heutige Tag markiert den Untergang unserer Demokratie«, brachte sie ihre Empfindungen nach dem kurz zuvor erfolgten Verbot ihrer Partei am Freitag vormittag zum Ausdruck. Südkoreas Präsidentin Park Geun-hye, Tochter des langjährigen Militärdiktators Park Chun-hee, sei zum diktatorischen Führungsstil ihres Vaters zurückgekehrt. Das Verfassungsgericht habe die Tür entriegelt, »die uns zum Totalitarismus führt«, wird Lee vom *Korean Herald* zitiert.

Mit acht zu einer Stimme hatte das Gericht das Verbot und die Auflösung der UPP verfügt. Die Programmatik und Aktivitäten der Partei verstießen gegen die »grundlegende demokratische Ordnung«, zudem verfolge sie die »verborgene Absicht«, ein dem nordkoreanischen Modell vergleichbares politisches System einzuführen, äußerten die Richter laut der Nachrichtenagentur *Yonhap*. Damit endet das Verfahren gegen die UPP, das Südkoreas rechtskonservative Regierung bereits Anfang des Jahres angestrengt hatte. Die UPP verliert damit ihre fünf von 300 Sitzen im Parlament, auch das Parteivermögen wird vom Staat eingezogen.

Bereits am 17. Februar war der UPP-Abgeordnete Lee Seok-ki zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden, mehrere weitere Mitglieder der UPP wurden ebenfalls inhaftiert. Lee wird vorgeworfen, bei einem Treffen mit Parteianhängern einen pro-nordkoreanischen Umsturz in Südkorea geplant zu haben. Die UPP bestreitet derartige Aussagen und weist Verbindungen mit der Regierung Nordkoreas entschieden zurück. Ebenso verneint sie die Absicht, dessen politisches System einführen zu wollen. Während des besagten Treffens habe Lee lediglich Überlegungen darüber angestellt, was im Falle eines Kriegsausbruchs zwischen Nord- und Südkorea unter Beteiligung der USA zu tun sei. Einige Parteimitglieder, so ein Bericht des kanadischen Centre for Research on Globalization vom 1. Oktober 2013, hätten für diesen Fall Schritte zur Behinderung des US-Militärs in Südkorea vorgeschlagen. Lee Seok-ki habe dies jedoch abgelehnt und statt dessen die Notwendigkeit einer pazifistischen Massenbewegung betont. Auch habe er die Befürchtung geäußert, im Falle eines Krieges könne es zu massiven Repressionen gegen fortschrittliche Kräfte kommen. Angesichts der vom US-gestützten südkoreanischen Regime während des Korea-Kriegs von 1950 bis 1953 verübten Massenmorde an

Zehntausenden Linken sind derartige Gedanken keineswegs weit hergeholt. Auch äußerten mehrere Beobachter den Verdacht, die den Medien vom Geheimdienst NIS zugespielten Mitschnitte des Gesprächs seien von staatlichen Stellen manipuliert worden.

Während das Gericht den Anklagepunkt der Bildung einer »revolutionären Organisation« im November fallen ließ, hielt es den Vorwurf des Aufrufs zur Gewalt aufrecht. Zudem habe Lee gegen das »Nationale Sicherheitsgesetz« verstoßen.

Das bereits 1948 erlassene, vage formulierte und nahezu beliebig auslegbare Gesetz, wird seit jeher gegen pro-nordkoreanische Einzelpersonen und Gruppen, aber auch gegen unterschiedliche linke Strömungen angewendet. Am 4. März berichtete der britische *Guardian* etwa über eine zweieinhalbjährige Haftstrafe, die ein 70jähriger Mann wegen seines Lobs für Nordkorea erhalten hatte.

Nach dem Urteil gegen die UPP steht zu befürchten, dass dieses den Auftakt zu weiteren Repressionen gegen die politische Linke darstellt. Aussagen von Park Han-chul, dem Vorsitzenden Richter im UPP-Verbotsverfahren, wirken wie eine unverhohlene Drohung gegen Oppositionelle: »Ich hoffe, dass die heutige Entscheidung die zeitraubende ideologische Debatte in unserem Land beenden wird«, äußerte Park laut Onlineausgabe der *Japan Times* am Freitag.

Amnesty International kritisierte derweil das Urteil: »Das Verbot der UPP wirft ernsthafte Fragen über die Verpflichtung der Behörden gegenüber der Meinungs- und Informationsfreiheit auf«, äußerte AI-Vertreterin Roseann Rife in einer Erklärung.

## **Kontakt**

Webseite (Deutsch): [freilassunglee.de](http://freilassunglee.de)

Webseite (English) : [en.savelee.kr](http://en.savelee.kr)

Email : [freilassungleede@gmail.com](mailto:freilassungleede@gmail.com)